ANTIFA JUGENDINFO

Leipzig 5/93 November 0,50 DM



Hallo Leute!

Also zunäxt muß mal gesagt werden, daß es diesen Herbst wieder gewisse Regelmäßigkeiten gibt, die (wahrscheinlich nicht nur uns) faszinieren :

1. Die FaschistInnen von DVUREPNPDFAPUSW. machen mit öffentlichen und internen Treffen, Aufmärschen und Propagandaaktionen mobil - gar nich gut !
2. Das klappt nicht immer, aber immer weniger (siehe DVU-Reisebus, JN-"Aufmarsch" zum 180. Jahrestag der Völkerschlacht, NPD-Mitgliederversammlung in Grimma). - Klasse!
3. Die Bullerei & Staatsschutz lauern überall und immer öfter (Ermittlungen gegen neun Leute, die bei der Gegenaktion zum NPD-Treffen in Grimma abgegriffen worden sind). - großer BULLSHIT!
4. Alle Anna's & Arthurs halten die Gusche ! - Spitzenklasse !
5. Der Faschist R.Sturm und Konsorten wollten am 29.10. den "Wikinger" Schubert rächen, indem sie pauschal "Connewitz" den "Krieg" erklärten (WJ-Schubert verirrte sich zu einer Party,zu der er gar nich eingeladen war...). - Oha!
6. Der "Krieg" fiel aus, weil Sturm & Konsorten ohne die Rocker aus der Auerbachstr. hätten auskommen müssen (dazu im näxten AJI mehr!) -wir finden das gut, daß die Faschos nich gekommen sind -einerseits für Connewitz und anderseits für die Faschos !! Ciao.

Antifa Jugendfront
B.-Göringstr.152/ 04275
V.i.S.d.P.:Frank Stefan

Kein Heitmanns Heil !

Die Demonstration am 9.November, die unter anderem Heitmann gewidmet ist, richtet sich bestimmt nicht gegen den "Nischen-Ossi" und ist auch nicht Ausdruck der "interessanten" These von Sachsens Finanzminister Milbrat, daß die Ossis nur neidisch seien wenn ein anderer Ostdeutscher den Aufstieg in die große Politik schafft. Nein! Es ist aber nun einmal gefährlich so einen Mann als immerhin obersten politischen "Machthaber" in Deutschland zu haben, obwohl es andererseits ja klar ist, daß Heitmann nur ein Symptom einer allgemeinen Staatsentwicklung darstellt. Nicht ohne Grund haben im Staat wohl mal wieder Leute erkannt, das sich mit "Nationalismus" Herrschaft ziemlich gut legitimieren läßt. Deutschem Großmachtstreben muß erst mal die "Enttabuisierung" der Geschichte vorausgehen, und Heitmann kann das sehr "gut" verteten. Weiterhin sind seine Ausfälle gegen Frauen, Homosexuelle und Ausländer nicht nur als Populismus zu betrachten, sondern es stehen Inhalte dahinter ! Ist er schon der neue Führer, oder soll er jemand anderem den Weg ebnen? ODER WAS?

Kein Vergeben!

Kein Vergessen!

Kein Heimmanns Heil!

9.Nov.1938 - 9.Nov.1993

17^{30} DEMO - Treff am Marktplatz, danach:

- einleitende Worte zum 9.11.1938
- Demonstration
- Abschlußkundgebung am Gedenkstein in der Gottschedstraße

Mit der Demonstration wollen wir die Öffentlichkeit erreichen, sonst würden wir was anderes machen. Deshalb bitten wir euch, euch zu überlegen, wie ihr eure Gesichter vor unnötigem Ablichten schützt und trotzdem nicht mega-He-Man(n)-mäßig ausschaut, so daß der Rest der Welt einfach erschreckt "Chaoten!" schreit, und das war´s. Unsere Inhalte bleiben dabei nämlich auf der Strecke. Ähnliches gilt für den Umgang mit der anwesenden Presse (Wenn ihr nicht persönlich zu erkennen seid, braucht ihr auch keine Angst vor Fotographen zu haben...).

Bündnis für Toleranz und Menschenwürde / Offenes Antifaschistisches Plenum / Antifa Jugendfront
Autonome Antifa / AG Junge GenossInnen / Vereinigte Linke / DRUCK
unabhängige SchülerInnen- und StudentInnengruppen



von Rechts in Leipzig

NPD

Zwei Namen von Leipziger NPD-Funktionären wollen wir hiermit öffentlich machen: Werner Guttentag (39J.) ist stellvertretener Kreisvorsitzender der Leipziger NPD und Mitglied im Landesvorstand der NPD-Sachsen. Er war Gründungsmitglied der "Mitteldeutschen Nationaldemokraten"(MND). Im Landesvorstand ist er insbesondere zuständig für die organisatorisch-technischen Aufgabenbereiche.

Stellvertretener Landesvorsitzender der NPD-Sachsen ist der 30jährige Uwe Grasemann aus Leipzig. Zum 25. Bundesparteitag der NPD stand er mit auf der Liste der Vorschläge für den Parteivorstand.

Der Kreisleiter des NPD-Kreisverbandes Grimma ist Henrik Hampel aus Colditz. Er ist anfang/mitte zwanzig , im fascho-mäßigen Outfit und hat an einer Grimmaer Schule offen für die NPD geworben.

DVU-Reisebus fuhr nicht nach Passau

Am 2.10., kurz vor Abfahrt des Reisebusses, der DVU-Faschos aus Leipzig und Umgebung nach Passau bringen sollte, hatten 30 unsichtbare den Bus angegriffen und dabei laut LVZ alle Fensterscheiben und Reifen zerstört. Dadurch konnten die Leipziger Faschos nicht nach Passau fahren. Für sie ist damit die DVU-Großveranstaltung, die jährlich in der Nibelungenhalle stattfindet ausgefallen.

Zimmermann frei!

Der Leipziger Faschist Dirk Zimmermann treibt sich wieder in der Stadt rum. Er war noch bis zum 22.3.92 Landesführer der sächsischen FAP. Es ist anzunehmen, daß sich Zimmermann mit den Beamten der SOKO Rex ziemlich gut verstanden hat,

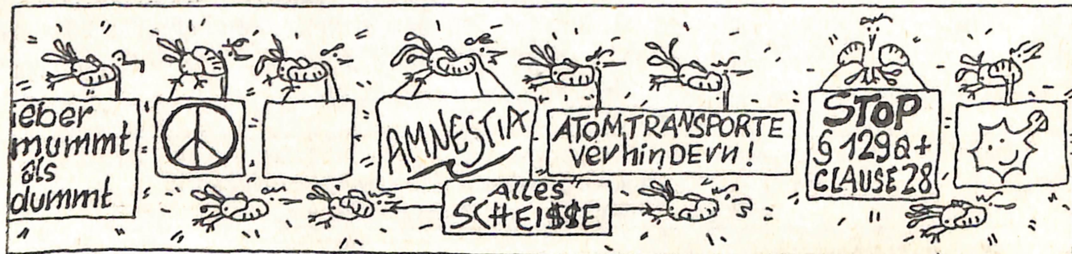


Dirk Zimmermann

weil er so schön geplaudert hat. Vielleicht haben sie ihn deshalb laufen lassen. Jetzt fährt er mit einem gelben BMW älteren Baujahres mit der Nummer GZ-AJ 831und einem Bodyguard durch die Gegend.

"Junge Feiheit"

Noch ein Nachtrag zu unserem Beitrag über die "Junge Freiheit". Kontaktperson und -adresse für JF-Leserkreise aus einer Anonce:"Konservative im Raum Leipzig mit Interesse an geschichtlichen und politischen Gesprächskreis gesucht, Kontakt: Michael Graf, Gräfestr. 18, 7021 Leipzig".



Prozeß gegen Leipziger Faschos

Der Prozeß gegen die Leipziger Faschos, die 1992 das Flüchtlingsheim in Holzhausen überfallen hatten (Namensliste siehe AJI 4/93) hatt nun auch ein Ende gefunden. Die Urteile lauteten wie folgt: für sechs der Angeklagten ergingen Bewährungsstrafen bis zu zwei Jahren, Cristian Gutekunst(22) muß wegen Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch für 2 Jahre und drei Monate hinter Gitter. Gerüchten zu folge ist er aber auf freiem Fuß, die U-Haft wurde ihm mit angerechnet (13 Monate). Ein Fascho wurde freigesprochen.

Mal wieder der BgA...

Der "Bund gegen Anpassung" hat mit seinem Flugblatt vom 11.10. wohl entgültig unseren Artikel im AJI 3/93 bestätigt. Thema dieses Flugblattes ist der "Aids-Skandal". Der BgA macht darauf aufmerksam, daß er schon oft genug Vorschläge zur Ausrottung des Virus gemacht habe und unterstreicht wieder seine Rassistischen und faschistischen Forderungen. Gefordert werden wieder staatliche **Zwangsmaßnahmen(!)**. Dabei werden auch wieder die Zwangstätovierung wie es auf der Werbung von Benneton zu sehen ist gefordert. Diese Forderung kennen wir ja schon vom BgA! Auszusetzen hat der BgA an dieser Werbung nur, daß die Kennzeichnung scheinbar abwischbar sei und sich Benneton wahrscheinlich vorbehält diese Maßnahme als diskriminierend verurteilen zu lassen. Die Frage ist nur, wie ein Verein noch faschistischer und rassistischer Auftreten muß, um von "Leipzigs Neuer" "ausgerenzt" zu werden. Weiterhin sollte sich wohl die Uni mal überlegen, ob sie für solche Leute weiterhin bereit ist, Räume zu vermieten.

"Junge Nationaldemokraten"

Die "Jungen Nationaldemokraten" hatten offensichtlich versucht zu den Gedenkfeierlichkeiten zur Leipziger Völkerschlacht einen Aufmarsch durchzuführen. In der Nazi-Broschüre "Der Aktivist" wurde für diesen Termin geworben. Schon allein die Werbung in dieser Zeitung, die sich an FAPnahe Faschoskins, Leute der Wiking-Jugend und andere militante Faschos wendet, wird deutlich wie gefährlich die JN einzuordnen sind. Dazu muß deutlich gesagt werden: die JN sind eben nicht mehr "nur" die "Jugendorganisation" der NPD. Während sich die NPD mehr mit Nazisprüchen versucht das "Volk" für sich zu gewinnen, sind die JN als eine Kaderorganisation zu verstehen, die Kader für das gesamte rechtsextreme Lager schult. Dabei sind die Beziehungen zur schon genannten FAP und zur Wiking-Jugend stärker als zur "Mutterpartei" NPD.
Deutlich wird dies z.B. am diesjährigen Hess-Aufmarsch in Fulda. Dort waren die JN zum ersten Mal offizielle Mitorganisatoren und durften sogar einen Redner stellen. In Leipzig teilen sich die JN mit der Wiking-Jugend ein Postfach.
Dank der guten Öffentlichkeitsarbeit von unabhängigen AntifaschistInnen konnte der Aufmarsch in Leipzig verhindert werden. Ein Flugblatt, in dem auf diese Hintergründe hingewiesen wurde, wurde an viele Presseagenturen, Zeitungen, an das sächsische Innenministerium, an die Landtagsfraktionen,das Ordnungsamt usw. verschickt, damit sich niemand aus der Verantwortung stehlen konnte. Die Reaktionen aus der Presse könnt ihr im Pressespiegel lesen.
Die Gegendemo verlief sehr friedlich, was sicher auch darauf zurückzuführen war, das der Faschoaufmarsch ausgefallen ist. Trotzdem ist den ca.200 AntifaschistInnen für das Erscheinen zu danken, da es ja



durchaus auch anders hätte kommen können. Auch die Polizei verhielt sich friedlich zu der unangemeldeten Spontandemonstration, obwohl sie mit einem Riesenaufgebot angerückt war. So kreisten schon eine Stunde vorher 2 Hubschrauber über der Stadt , die Bereitschaftspolizei war mit mehr als 13 PKW und 8 Wannen der BGS mit 3 Reisebussen 5 Jeeps und 5 Wannen. Das sind nur die, die zu sehen waren. Aber es wimmelte natürlich zusätzlich von "Unsichtbaren".

Fascho-Parteien werden wieder aktiver

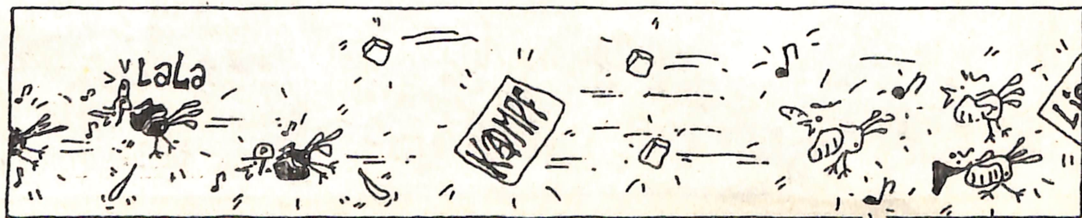
Vor einigen Wochen tauchten in Briefkästen Fascho-Flugblätter in größeren Stückzahlen auf. Die LVZ schreibt in einem Artikel vom 23.9. von einigen hundert. Einer der Absender dieser Scheiße ist der "Schtzbund für das deutsche Volk" (SdV) mit Sitz in Frankfurt/M.

Eine Umweltverschmutzung besonders ekliger Art betreiben seit einiger Zeit ebenfalls die Leipziger "Republikaner". Diese sind nämlich auf die mutige Idee gekommen, Flugblätter in ganz Leipzig zu verteilen, und zwar indem sie diese aus dem Auto auf die Fußwege werfen. Betroffen waren so ziemlich alle Stadtteile.

"Förderverein der Vereinigung der Opfer des Stalinismus"

Wenn mensch von einem "Förderverein der Vereinigung der Opfer des Stalinismus" hört, denkt mensch zunächst an nichts schlimmes. Liest sich jemand aber mal ein Flugblatt dieses "Fördervereins" durch, wimmelt es nur so von dumpfer Deutschtümelei. Zitat aus einem Flugie, anläßlich einer Tagung in Naumburg:"Wir sind im Kreis Naumburg im privaten Geschäftsleben durchwegs wunderbaren, anständigen, offenen und ehrlichen Menschen begegnet, eben deutschen Menschen.". Gezeichnet und Verfasser im Sinne des Pressegesetzes ist eine Lisbeth Golitsch aus 87616 Marktoberdorf. Diese Dame ist in Nazi-Kreisen keine Unbekannte. Wir zitieren aus einer Recherche: HUTTENBRIEFE (Zeitung) für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht, Schriftleitung: Liesbeth Golitsch. Autoren sind u.a. Karl Baßler(veröffentlichte "Rassenmischung ist Völkermord"), Lothar Greil (SS-Untersturmführer)... usw.

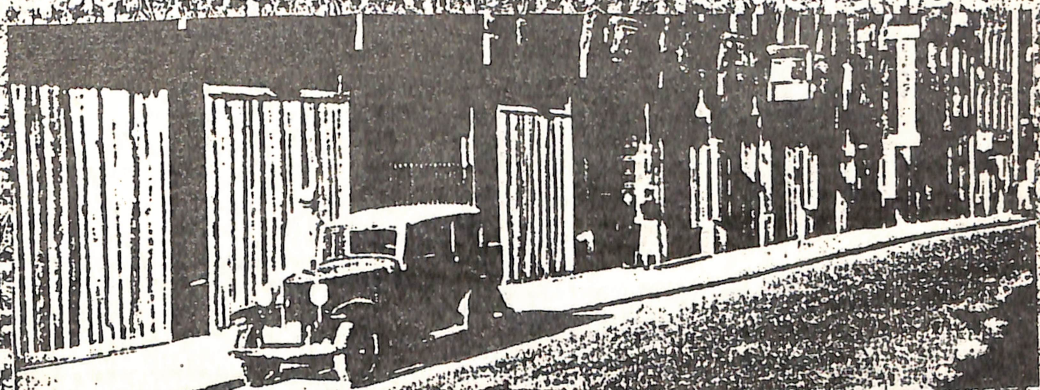
Um so empörender war es deshalb zu erfahren, daß am 29.9.93 diese "Opfer des Stalinismus" , im Rahmen einer mehrtägigen Tagung in Naumburg, zu einem Stadtbummel nach Leipzig kommen wollten. Der Chef des Auerbachs Keller zeigte Courage und sagte schon am Vortag den ca. 100 Leuten ab. Doch bis zum Mittag sollten die vorwiegend älteren Damen und Herren gar nicht in Leipzig bleiben. Nachdem bekannt war, daß ihre Stadtrundfahrt 10 Uhr am Alten Rathaus beginnen sollte, sammelten sich dort ca. 40 Antifas, um den Alt- und Neonazis zu zeigen, daß sie hier unerwünscht sind. Zunächst schickten sie einen Späher in Form eines VW-Golfes mit Kennzeichen aus dem Raum Soltau-Fallingbostel mit CB-Funk vor. 15 Minuten später kam dann der Reisebus aus Naumburg auf dem Marktplatz an, der sofort von AntifaschistInnen umringt wurde. Die Omis und Opis begannen sogleich diese zu filmen und zu fotografieren. Mit der anwesenden Polizei gab es noch eine kurze Rangelei mit den Antifas. Scheinbar hatten die Bullen aber auch keinen so rechten Bock, den ganzen Tag auf die Fascho-Rentner aufzupassen und schickten diesmal nicht die Antifas weg, sondern geleiteten den Reisebus im Rahmen der Deeskalationspolitik aus der Stadt. Am selben Tag hat die Stadtverwaltung Naumburg nach öffentlichen Druck dem "Förderverein" die Tagungsräume gekündigt



Der 9. November 1938

Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, wurde der Antisemitimus zur Staatspolitik. Schon immer wurden die Juden aufgrund ihres Glaubens diskriminiert, verfolgt und vertrieben. Wie in vielen kapitalistischen Ländern bekam der Antisemitismus auch in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts Auftrieb, wobei sich der Schwerpunkt von der religiösen in eine "rassische" Richtung verschob.Das bedeutet die Juden wurden aufgrund ihres anderen Glaubens zur fremden Rasse diffarmiert. Dieses Rassendenken wurde von der nationalsozialistischen Ideologie aufgegriffen und vervollkommnet. So war während der Nazidiktatur u.a. die Ansicht weit verbreitet, daß das deutsche Volk sich gegen die jüdische Überfremdung und Vereinnamung schützen müsse. Fakt ist, 1933 lebten in Deutschland ca.65 Mill. Deutsche.Davon waren 502799 Menschen jüdischen Glaubens .Mit dem Machtantritt der Nazis wurden ihre Rechte mehr und mehr beschnitten. der politische und physische Großangriff gegen das jüdische Leben erreichte 1938 einen seiner Höhepunkte in der sog. "Polenaktion". Am 27./28. Oktober wurden alle Juden polnischer Herkunft in einer Blitzaktion nach Polen abgeschoben.Mehr als 15000 Menschen waren davon betroffen. Die reaktionäre polnische Regierung weigerte sich allerdings, die Menschen aufzunehmen, und so mußten sie tagelang im Niemandsland menschenunwürdigen Bedingungen verbringen.

Herschel Grynspan, dessen Familie auch von der "Polenaktion" betroffen war, erschoß am 7. November '38 den deutschen Botschaftssekretär in Paris. Er wollte so auf die Not der jüdischen Menschen in Deutschland aufmerksam machen. Damit hatten die Nazis den offiziellen Anlaß für ihre "spontane Erhebung des deutschen Volkes gegen die Verschwörung des internationalen Judentums". Doch diese "Spontanität" war mit "deutscher Gründlichkeit" vorbereitet worden. So zogen die Nazihorden in der Nacht vom 9. zum 10. November in allen Städten Deutschlands los und zerstörten über 7000 Geschäfte und Büros, 267 Synagogenwurden in Brand gesteckt, Friedhöfe verwüstet. Unzählige Wohnungen wurden, wie auch dei Geschäfte, geplündert, verwüstet und ihre BewohnerInnen verprügelt, egal ob Frauen Kinder oder Greise. Mindestens 91 Menschen wurden in dieser Nacht ermordet, über 30 000 verhaftet.



Leipzig in der "Reichspogromnacht"

Von der Polenaktion waren in Leipzig ca. 5000 Juden betroffen. 1246 Menschen konnten in der Nacht, als die Deportation bereits begann, noch in das polnische Konsulat flüchten und entkamen so den Fängen der Nazis.
In der Nacht vom 9. zum 10. November klirrten im Leipziger Stadtzentrum die Scheiben der jüdischen Geschäfte und Kaufhäuser. Besonders in der Peterstrasse, auf dem Brühl und in der Grimmaischen Straße wüteten die SA - Trupps. Die Leipziger Synagoge in der Gottschett - straße, die Synagoge im Apels Garten und die Feierhalle auf dem neuen jüdischen Friedhof wurden Opfer der Flammen. Die elf anderen, zumeist kleineren Leipziger Synagogen wurden von SA - Trupps demoliert. Da sie sich in Wohnhäusern befanden, wurden sie nicht in Brand gesteckt. Im Waldstraßenviertel drangen die Nazis auch in jüdische Wohnungen ein, verprügelten die BewohnerInnen und zerstörten das Mobilar. Viele Jüdische Menschen wurden zusammengetrieben und in die Parthe gehetzt. Es wird aber auch erzählt, daß die Nazi -Trupps sich im "Roten Lindenau" nicht an das Jüdische Kaufhaus "Held" ranntrauten, da die ArbeiterInnen alle zu den Held´s hielten.
Tage später erschien eine Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben. Im Paragraph 1 lesen wir : "Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums . . . entstanden sind, sind von den jüdischen Inhabern oder Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen." Die Kosten mußte natürlich der Inhaber tragen. Ein unglaublicher Zynismus! Für den Abbruch der drei ausgebrannten Synagogen mußten die Leipziger Juden 40 000 Reichsmark bezahlen!

Nach dem Pogrom inszenierte die Gestapo eine Welle von Festnahmen. Diese dauerten mehrere Tage an. Vom 10. bis zum 15.November wurden mehr als 550 Menschen unter der Rubrik "Politisch , Jude" , "Sonderaktion"oder "Judenaktion" verhaftet.

1993 jährt sich die "Reichspogromnacht" zum 55zigsten Mal. Der Ruf nach einer "Loslösung der Deutschen von der Vergangenheit" von Konservativen und Rechtsextremen wird immer lauter. Dadurch soll der Weg zu einem neuen Nationalismus geebnet werden. Die Folgen dieser Politik spiegeln sich in Rostock, Mölln und Solingen wieder. In Deutschland werden wieder Minderheiten diskriminiert, geschlagen, ermordet. Die Propagandalügen der faschistischen und der sogenannten etablierten Parteien über die "Überfremdung" des Landes unterscheiden sich erstens inhaltlich kaum und zweitens nur in Form und Wortlaut von damals.
Damit sich die Geschichte nicht wiederholen kann:
Kein Vergeben, kein Vergessen !


Abbruch
Synagogen Gottschedstr. u. Abelsgarten
ca. 200000 Mauersteine
unabgeputzt, pro Mille 15.- M.
noch abzugeben
Verkauf bei den Polieren
H. Fr. Seydel, Baugeschäft, Tel. 55084

Zum Thema Bullen & Justiz

"MAUL HALTEN, ARSCHLECKEN"

Manchmal verläßt mensch die legalen Wege der Gesellschaft oder auch nicht. Jedenfalls kommt es des öfteren vor, daß mensch eine Klageschrift ins Haus flattert, daß Bullen weniger zum Kaffeetrinken vor der Tür stehen, mensch einen Anruf von irgend einer Behörde bekommt oder schlichtweg einfach von der Straße gegriffen wird. Dann wird mensch angehalten, den Kollegen einige Fragen zu beantworten.

Hier noch mal ´n abgebrochener Zeigefinger, warum mensch gerade das nicht unüberlegt tun soll.

Klar ist, daß mensch, wenn er Probleme mit den Bullen oder der Justiz bekommt tüchtig einscheißt und im ersten Moment ziemlich doof und meistens auch allein rumsteht. Sie/Er ist versucht durch Aussagen jeglicher Art ihre/seine "Unschuld" zu beteuern, um möglichst schnell die klebrigen Füße aus dem Schlamassel zu bekommen. Das ist MISThaufenmäßig.

Durch irgendwelche Aussagen, die du beim Verhör, am Telefon, auf der Straße, vor der Tür (besser nicht) machst, bringst du dich und deine Kumpel(s)innen in Gefahr.

Es gibt keine "harmlosen" Fragen und demzufolge auch keine "harmlosen" Aussagen. Mensch kann als einzelneR, insbesondere in Verhörsituationen vor Bullen und Staatsanwaltschaft, die Bedeutung ihrer/seiner Äußerungen nicht überblicken. Auch eine stark begrenzte Aussagebereitschaft ist riskant, da der Punkt an dem nichts mehr gesagt werden soll sehr schwierig genau und immer wieder(meist auch unter Berücksichtigung von Aussagen anderer Leute, die mensch womöglich noch gar nicht kennt) neu zu bestimmen ist.

Es ist also überhaupt nicht durchschaubar, wozu Angaben von Bullen und Justiz mißbraucht werden.

Auch ist es vernünftiger, sich irgendwelche Posergespräche darüber in´ner Schenke zu verkneifen. Je mehr Du plauderst, desto mehr haben die Staatsdiener gegen dich und andere in der Hand oder sonstwo.

Deswegen ist es vorerst besser DAS MAUL ZU HALTEN, und ´ne Peilung zu kriegen, WAS WIE läuft.

Anna und Arthur haltens Maul!

und Du?

Nicht Quatschen bei Polizei und Staatsanwaltschaft!

Dabei sind dir bestimmt die Leute vom Koordinierungsgruppenbüro(KgB) ,die in solchen Sachen schon ´n paar Erfahrungen aufgesammelt haben,

behilflich.Das KgB hockt in der Bernhard-Göring-Straße 125, im Haus der Demokratie, im Büro der Vereinigten Linken. Dort erfährst du u.a.woher du eine(n) gute(n) AnwältIn bekommst und wie du dich am günstigsten in deiner Situation verhalten solltest.
Hast du mal einen Restposten Zeit übrig, so ist es ganz unschädlich, sich schon im Vorfeld `n paar Geschichten zu so einer Sache zu überlegen, um in einer brenzlichen Situation mit sich klar zu sein, und sich nicht von jedem dummen , einstudierten Spruch eines Bullen oder sonstwem einschüchtern zu lassen. Fraglich ist nämlich, inwieweit mensch sich in solchen Momenten aus der Hand gibt.
Klar ist doch, daß immer noch du bestimmst, mit wem du worüber sprichst und mit wem nicht.
Also, bietet dir ein Bulle Schokolade an und möchte sich mit dir über dein bisheriges Leben "unterhalten", bist du nur verpflichtet Name, Adresse und eine allgemeine Berufsbezeichnung anzugeben. Hast du nicht einmal dazu Lust, kannst du max. zu 'ner Geldstrafe verknackt werden.
Das ist natürlich nicht alles, was Bullen und Justiz aus ihrer Trickkiste zaubern können. Im näxten Heft informieren wir detailierter über Beugehaft und andere Schikanen, mit denen sie versuchen Aussagen zu erzwingen.
Also ersteinmal MAUL HALTEN; ARSCH LECKEN, egal ob:
-gute Onkels und Tanten volles Verständnis für dein Anliegen haben
-brutale Bullen dir die Fresse polieren wollen
-dir etwas vorgehalten wird, was du nicht getan hast.
Wir schreiben das hier nochmal so iddimäßig, weil zwar alle wissen, daß mensch schweigen soll, es aber immer wieder vorkommt, daß unüberlegte Statements abgegeben werden.

Die Scham ist vorbei !

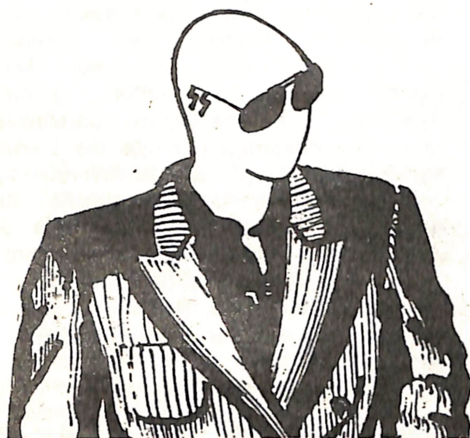
Friedrich-Ebert-Stiftung lud nationalrevolutionäre Niekisch-Szene zur Diskussion ein

Im letzten AJI berichteten wir über die Leipziger Fascho-Jusos und deren Finanzierung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Offenbar wird es für die SPD nahe Stiftung im allgemeinen Rechtsruck der etablierten Parteien immer schwieriger wird sich von "Neurechten", "Nationalrevolutionären" und anderen faschistischen Strömungen zu distanzieren.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veranstaltete am 14. und 15. 9. einen Kongress, bei dem unter den Referenten und Diskutanten die Gegner der SPD-Friedenspolitik zu Zeiten Willy Brandts in der Uberzahl waren. Einer ihrer prominentesten Vertreter ist der Nationalrevolutionär Herbert Ammon, der von der FES eingeladen wurde.
Ammon ist ein Anhänger des rechtsextremistischen Ideologen Ernst Niekisch, den der Verfassungsschutz 1992 als Vordenker des Neonationalsozialismus nennt. Die bundesdeutsche Niekisch-Szene ist führend in der Kritik der SPD-Friedenspolitik, in der sie einen angeblichen"Verrat am deutschen Volk" sieht.

Herbert Ammon war in den 80er Jahren ein führender Kopf der inzwischen aufgelösten politischen Splittergruppe"Initiativkreis Linke Deutschland-

Diskussion"(LDD), die bereits damals aber noch vergeblich versuchte, in der SPD Einfluß gegen die Friedenspolitik zu nehmen.Der SPD Pressedienst"blick nach rechts" brachte mehrfach Artikel über die LDD und ihre Anhänger, die aufdeckten, daß es sich um eine neofaschistische Tarngruppe handelte. Die Jusos des Unterbezirks Bonn der SPD faßten einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die LDD, weil hier antidemokratisches und völkisch-rassistisches Gedankengut vertreten werde.



Gemeinsam mit Ammon traten bei der LDD vor allem Rechtsextremisten auf:z.B."SA-Schenke", Wolf Schenke, vor 1945 Funktionär in der Reichsleitung der Hitler-Jugend und Korrespondent des NSDAP-Zentralorgans "Völkischer Beobachter", nach 1950 ein Organisator der Zusammenarbeit zwischen Anhängern Niekischs und der Konkurrenz um die Gebrüder Strasser, die der Verfassungsschutzbericht ebenfalls als Ahnen des heutigen Nationalsozialismus nennt.

Oder auch Wolfgang Venohr, der sich als "Schüler" Niekischs versteht und seinerzeit öffentlich gegen die angebliche Belästigung der Deutschen durch den Film "Holocaust" protestierte.

Der SPD-Pressedienst brachte im November 1987 in seiner Ausgabe "blick nach rechts" die Nachricht, daß die LDD gemeinsam mit einer Gruppe "Politische Offensive (PO)" das Postfach teilte. Auf einer Tagung der PO sei das verbotene Horst-Wessel-Lied der SA gesungen worden und Propagandamaterial der inzwischen verbotenen "Nationalistischen Front" verteilt worden. Im PO-Büro hätten Plakate der nazistischen österreichischen Zeitschrift "Sieg" gehangen, deren Chef Walter Ochsenberger von der BRD an Österreich ausgeliefert wurde, und dort laut Verfassungschutzbericht wegen Verbreitung von Nazi-Propaganda und der "Auschwitz-Lüge" im Knast sitzt.

Die Ebert-Stiftung - eigene Zeitschrift "Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte" veröffentlichte auch immer wieder Ammons nationales Gedusel.

Vorläufer der "Hofgeismarer" Fascho-Jugend

Die vernetzte Szene des Rechtsextremismus um die LDD versuchte in den 80er Jahren, innerhalb der Grünen und der SPD auszutesten, was an rechtsextremer Politik möglich sei. Die Grünen haben in langen Diskussionen die Nationalrevolutionäre hinausgedrängt, in der SPD dagegen formieren sie sich heute neu im "Hofgeismarer Kreis" der sächsischen Fascho-Jugend. Sie wollen anknüpfen an die 20er Jahre-Tradition, als Ernst Niekisch den damaligen "Hofgeismarer Kreis" und die "Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens" anführte, eine rechtsextreme Abspaltung der SPD. Offenbar steckt System in der Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung hin zu Nationalrevolutionären, denn die FES finanziert auch heute die Seminare der Leipziger Fascho-Jusos.

Quelle: gekürzt aus den "Antifaschistischen Nachrichten" Nr.21 1993

Schnipsel

Halbe: In den Jahren 1990 und 1991 pilgerte das gesamte NS-Spektrum zum Soldatenfriedhof von Halbe. Letztes Jahr wurde der Aufmarsch und die angekündigte Antifa-Demo vor Ort verboten und Halbe wurde weiträumig von der Polizei abgeriegelt. Es fanden nur kleinere Ersatzkundgebungen statt.
Frau Dr. URSULA SCHAFFER aus Berlin,hat als Vorsitzende der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUSSEN für den Volkstrauertag, dieses Jahr am 14.November, wieder einen Aufmarsch angemeldet.

Achtet auf die Ankündigungen antifaschistischer Initiativen!

Celle: Rund 300 Demonstranten haben am Samstag dem 16.10. in Celle gegen ein Treffen von Ritterkreuzträgern der früheren Wehrmacht demonstriert. 18 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Die Kundgebung war friedlich verlaufen, doch kam es danach zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die Demonstranten warfen den Ritterkreuzträgern vor, Kriegsverbrecher in ihren Reihen zu dulden. "Mörder, Mörder!" und "nie wieder Krieg" riefen die Gegener des Treffens.

Cottbus: Der Chef der verbotenen rechtsextremistischen "Deutschen Alternative", Hübner, will nach Zeitungsberichten bei den brandenburgischen Kommunalwahlen auf der Liste der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" als Cottbuser Oberbürgermeister kandidieren.

Potsdam: Einer der beiden Angeklagten im Potsdamer Sachsenhausen-Prozeß ist in einem psychatrischen Gutachten als "schwachsinnig und mittelgradig labil" eingeschätzt worden. Der 20jährige Sonderschüler Ingo K. sei leicht beeinflußbar, leide unter geringer Akteptanz und übernehme unreflektiert rechte Anschauungen, sagte die Berliner Neurologin Jähnig als Sachverständige vor dem Potsdamer Bezirksgericht. Über die Schuldfähigkeit müsse aber das Gericht befinden, Das Gericht hat befunden: in einem skandalösen Urteil sprach es die Angeklagten frei, obwohl sie bei der Polizei ein Geständnis abgelegt hatten.

Frankfurt/Oder: Um den Tod des Angolaners Amadeu Antonio im November 1990 wird es offenbar in Kürze vor dem Bezirksgericht Frankfurt/O. einen ersten Prozeß gegen drei Polizisten geben. Ihnen wird fahrlässige Körperverletzung im Amt mit Todesfolge vorgeworfen. Wie das Bezirksgericht mitteilte, wird sich der zuständige Senat jetzt mit Fragen einer Eröffnung des Hauptverfahrens und einer Terminierung befassen.



Nationalzeitung: Zu Ehren des verstorbenen Rechtsgelehrten PROF. DR. THEODOR MAUNZ (Mitautor des Standardkommentars zum Grundgesetz "Maunz / Dürig, Grundgesetz") veröffentlicht das Blatt einen Nachruf und in diesem Zusammenhang zahlreiche Briefe und Rechtsgutachten von Maunz an DR.FREY. Das Blatt schreibt, daß er Freys "treuer Wegbereiter und maßgeblicher Berater" gewesen sei und "eineinhalb Jahrzehnte hindurch auch beinahe allwöchentlich" ohne Autorenangabe in dem Blatt geschrieben habe.

Außerdem war er der rechtsextremen DVU als Rechtsberater dienlich, indem er die Parteiprogramme auf den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit überprüfte.

Potsdam: Der von Rechtsextremisten häufig als Ersatz für den strafbaren Hitler-Gruß verwendete "Kühnen-Gruß" ist künftig im Land Brandenburg verboten. Der Potsdamer Innenminister Ziel wies die Polizei des Landes an, gegen Personen, die diesen Gruß in der Öffentlichkeit zeigen, strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten.

Was ist "Ökofaschismus" ?

Wir betrachten uns ja eigentlich als eine Zeitung, welche ihren Schwerpunkt auf die Themen Antifaschismus, Antirassismus und Antisexismus gelegt hat. Natürlich beschränkt sich unser Interesse nicht nur auf diese politischen Themen, aber sie bilden den Schwerpunkt unserer Arbeit. Das wir uns in diesem Heft intensiver mit dem Thema Ökologie beschäftigen, liegt an den fließenden Übergängen und Verflechtungen der politischen Fachgebiete, die es natürlich auch im rechtsextremen Lager gibt.

Von einer großen politischen Einflußnahme der Ökofaschisten und -rassisten ist zur Zeit zum Glück noch nicht so viel zu spüren. Das "Ökologiethema" wird ja gerade von Jugendlichen ziemlich sensibel behandelt und deshalb besteht gerade bei ihnen eher die Gefahr, daß es über dieses Problem zur Förderung rechtsextremer Einstellungen mißbraucht werden kann. Die zweite Gefahr besteht in dem typischen Stil der "Neuen Rechten" die Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen und so Einfluß auf die etablierten Parteien zu erlangen.

Auch in Leipzig sind ökofaschistische Gruppierungen aktiv. Im letzten "Klarofix" stand ein Bericht über völkische Reden bei einer Tierschutzdemo, die ÖDP hat in der Uni-Mensa Flugblätter verteilt und "Unabhängigen Ökologen" waren zu der Veranstaltung der "Jungen Freiheit" in die "Goldene Krone" eingeladen. Am 23.10.1992 fand im Leipziger Rathaus eine Podiumsdiskussion der DSU mit den "Unabhängigen Ökologen" statt und Herbert Gruhl, der jetzt gestorben ist, hatte im Rahmen der Buchmesse´92 in Leipzig eine Lesung.Weiterhin trat er zu einer Vortragsveranstaltung in Leipzig, organisiert vom "Naturschutzbund Deutschlands/DBV, am 23.10.92 auf. Zusammenarbeit der "Unabhängigen Ökologen" mit den Leipziger Fascho-Jusos wurde berichtet usw., usw....

Rasisstische und ökofaschistische Argumentationen weisen meist einige der folgenden Merkmale auf:

"-eine grundlegende Naturalisierung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge;

-die These vom Verlust "natürlicher Gleichgewichte" in der "ökologischen Krise";

-ein fundamentalistisches Verständnis des "Lebensschutzes", insbesondere in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs;

-die Rede von der "Entfremdung" des Menschen von Heimat, Volk und nationaler Kultur als Ursache ökologischer Zerstörungen;

-der Angriff auf den westlich-liberalistischen oder östlich-kommunistischen "Materialismus";

-der Ruf nach dem "starken Staat" als dem Garanten des (ökologischen) "Gemeinwohls";

-der Verweis auf "Übervölkerung" der Bundesrepublik bzw. Deutschlands;

-die Behandlung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer als "ökologisches Problem"."

(zitiert nach:siehe Quelle!)

Das erste Merkmal weist eigentlich eine jede solche Argumentation auf, weil sich daraus die anderen Merkmale ziemlich gut ableiten lassen. Dabei ist diese Naturalisierung rein wissenschafts-theoretisch ziemlich fragwürdig, da Ordnungsvorstellungen aus der Natur auf den Menschen übertragen werden sollen. Dabei ergibt sich der Wider - spruch darin, daß die Begriffe zur Charakterisierung der Ordnungsvor-stellungen von Natur selbst vom Mensch und Gesellschaft gemacht wurden, d.h. dem liegen gewisse Ordnungs-vorstellungen des Menschen selber zugrunde. Und die sollen dann wieder auf den Menschen übertragen werden ! Deshalb ist sehr wohl zu fragen, mit welchem Interesse diese Theorie weiter verfolgt wird !

Bei der Behandlung dieses Themas ist es günstig, von vornherein erstmal zwischen dem rechtsökologischen Konservatismus (autoritärer Konser-vatismus und ökokonservativer Fundamentalismus) und dem ökologisch argumentierenden Rechtsradikalismus zu unterscheiden. (Na klar, gibt es inhaltliche und organisatorische Verflechtungen aber mensch will den Text doch übersichtlich machen!)

Autoritärer Konservatismus und ökokonservativer Fundamentalismus

Das bekannteste Beispiel dieser Strö-mung ist wohl die "Ökologisch-Demokratische-Partei" (ÖDP). Dies ist eine Abspaltung der "Grünen", die sich unter Leitung von Herbert Gruhl bildete, nachdem der Versuch gescheitert war, Einfuß auf die "Grünen" durch Unterwanderung zu gewinnen. Die Argumentation der ÖDP baut sich auf die Vorstellungen von "natürlichen Regelkreisen" von Herbert Gruhl auf. Die Wirtschaft soll in Übereinstimmung mit dem Naturhaushalt und den natürlichen Gesetzen gebracht werden. Umwelt-zerstörung wird also zurückgeführt auf Mißachtung "der Natur" und des "We-sens des Menschens". Dabei wird von Gruhl ein starker Staat gefordert, der sich gegen die "materialistischen" Ansprüche der Mehrheit der Menschen verteidigt. Wenn diese Forderung nach einer "Ökodiktatur" nicht faschistisch ist...

Gruhl vertrat seine Meinungen in rechtsextremen Zeitschriften wie z.B. in "MUT", "Wir selbst" und anderen Zeitschriften, hatte viele Kontakte zu rechtsextremen Vereinigungen wie z.B. zum "Weltbund zum Schutz des Lebens". Sexistisch sind seine Betrachtungen den Frauen gegenüber. Frauen sollen sich auf die "natürlichen Anlagen" besinnen und sich dem Haushalt, den Kindern und um die Alten und Schwachen kümmern. Zur Emanzipation zitiert nach seinem Buch "Das irdische Gleichgewicht": " Die modernen Emanzipationsbewegungen dienen bewußt oder unbewußt dem mechanistisch-materialistischen Zeit-geist und den mechanistischen Zwän-gen. Die Konsequenzen ihrer Bemühungen auf "Gleichheit und Gerechtigkeit" wären ebenfalls genormte Menschen oder, da wir von Menschen dann kaum noch sprechen können, genormte Figuren, die erstrebten Recheneinheiten des mechanistischen Zeitalters."

Im seben Buch argumentiert Gruhl offen sozialdarwinistisch wenn er bedauert, daß es keine "natürliche Selektion" mehr gäbe :" Das Geflecht der karitativen menschlichen Einrichtungen hingegen, das man heute als "soziales Netz" bezeichnet, fängt auch noch den auf, der seine Lage selbst verschuldet hat."

Ökologisch wird auch die Einstellung zu Ausländer begründet, da die Natur durch "Überbevölkerung" zerstört wird und Deutschland schon zu dicht besiedelt wäre.

In den achtziger Jahren war die ÖDP fast ausschließlich durch die Gedanken ihres Vorsitzenden Gruhl geprägt. Die aufgeführten Beispiele biologistischer, sexistischer, rassistischer, und faschistischer Politik könnten beliebig weiter ausgeführt werden. Aufgrund der Vielzahl sollte nur die Tendenz deutlich gemacht werden.

ÖDP

Ökologisch-Demokratische Partei

Auf dem Parteitag der ÖDP im Jahre 89 wurde ein Abgrenzungsbeschluß zu rechtsextremen Parteien wie den Republikanern und der NPD verabschiedet. Dieser Abgrenzungsbeschluß bewegte Herbert Gruhl 1990 gemeinsam mit seinem 1989 gegründeten "Arbeitskreis der Unabhängigen Ökologen Deutschlands" aus der ÖDP auszutreten. Seitdem versucht sich die ÖDP unter dem Argument "Sie seien gar nicht so wie man immer behauptet" sich bei linken Parteien und Organisationen anzubiedern. Im Wahlprogrammm 1990 wendet sie sich sogar gegen "Ausländerfeindlichkeit und faschistische Tendenzen" und lehnt sogar eine Änderung des Grundgesetz-Artikels zum Asylrecht ab, aber es ist davor zu warnen dies als wirkliche Wendung zu betrachten! In den 1990 verabschiedeten "Leitlinien zur Zuwanderungspolitik" heißt es:"Ein unbegrenzter Zuzug von Menschen aus anderen Ländern würde unsere ökologischen Möglichkeiten überfordern und damit letztendlich niemandem nützen." Die ÖDP konnte auch in anderen Politikgebieten (z.B. Schwangerschaftsabbruch) sich nicht von den Vorstellungen Gruhls trennen.
Aus dem "Arbeitskreis der Unabhängigen Ökologen" wurden die "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" gegründet. Dies geschah unter aktiver Mitarbeit von Gruhl. Die "UÖD" propagieren ihre rassistischen, sexistischen und faschistischen Forderungen öffentlich und halten sich für alle Rechtsextreme offen. So finden wir in der Mitgliederliste ehemalige NPD- und DVU-Aktivisten genauso wie Unionsmitglieder und Republikaner wieder. Die "UÖD" geben die Zeitschrift "Ökologie" heraus auf der es z.B. in Nr.4/92 in der reißerischen Überschrift heißt:"Trabantenstädte für Einwanderer: Das Aus für Natur und Heimat!"
Die "UÖD" besitzen eindeutig eine Brückenfunktion in der Braunzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Das zeigt sich auch darin, daß Mitglieder der "UÖD" an fast allen Parteiprogrammen von rechtsextremen Parteien am Kapitel "Umweltschutz" mitgearbeitet haben (außer bei der NPD). Die Unterstützung der "Reps" findet öffentlich statt.

Der Umweltschutz in den Parteiprogrammen rechtsextremer Parteien:

Auch die "Republikaner" haben, wie auch fast alle rechtsextreme Parteien, den Umweltschutz in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Die Reps beanspruchen eine umweltschützerische Generalzuständigkeit was leicht mit ihrer Ideologie zu begründen ist. Sie setzen nämlich Umweltschutz mit patriotischen Heimatschutz gleich. Demzufolge ist die Umweltzerstörung die Folge einer mangelnden Liebe zur Heimat. Dabei geht die Behandlung des Ökologiethemas in Zielrichtung "Volksgesundheit", wird also als völkische Ökologie verstanden. Da Ökologie also ein Gesundheitskonzept ist, beinhaltet es auch die Förderung der Familie mit der "Mutter" im Mittelpunkt und den sogenannten "Schutz des ungeborenen Lebens"-Verschärfung des § 218 (also völkische Familienpolitik).Ökologisch wird auch das Asylrecht bekämpft. Im Jahre 1990 wurde das Programm durch die sprachliche Entschärfung völkischer Inhalte etwas abgeschwächt, aber die Orientierung ändert sich kaum. Ziel dieser Abschwächung sollte es sein, sich

den "Konservativen" anzubiedern und dem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit zu entgehen. Für konkrete Sachgebiete werden nur so verschwommene Begriffe wie "sollen", "eindämmen", "vermindern" verwendet. Dies zeigt sicher die mangelnde Kompetenz wie auch den populistischen Charakter dieses Programms. Peinlich und offensichtlich widersprüchlich ist es z.B. bei der Behandlung des Themas "Verkehr". Da werden solche Phrasen wie "Ausweitung (!) des Straßennetzes" soll ökologisch vertretbar sein und Richtgeschwindigkeiten statt Tempolimit gedroschen, da man offensichtlich versucht weder das Interesse des Umweltschützers noch das des Autofahrers zu übergehen. Die Republikaner propagieren also eine "Weiter-So"-Haltung, die abstrakt auch noch ökologisch genannt wird.

Wir konnten hier nur eine kleine Übersicht über das Thema "Ökofaschismus" bringen, obwohl der Artikel schon lang genug geworden ist. Wir hoffen, daß damit auch wieder mal deutlich geworden ist, wie schwierig es oft ist, bei Argumentationen zu Weltproblemen sofort die Hintergründe zu erfassen.

ÖKOLOGIE

Zeitschrift für Natur- und Heimatschutz - Ökologisches Forum
4. Jahrgang - Nr. 4 - 1992

Trabantenstädte für Einwanderer: Das Aus für Natur und Heimat!

Die Zeitschrift "Ökologie" der "UÖD"



PS: Nachdem der Artikel schon fertig war, erschien in der "Jungen Welt" vom 26.10. eine Abhandlung zum selben Thema. Darin wird von der Veröffentlichung eines Artikels von dem Nationalrevolutionär und Mitglied der "UÖD" Wolfgang Venohr in der neuen "Jungen Freiheit" unter dem Thema:" Der Ökostaat kommt bestimmt" berichtet.

Quellen: T.Jahn, P.Wehling; Ökologie von rechts und andere diverse Quellen wie Flugies Zeitschriften und anderes

Was schaffen wir nicht ?

Ein dichtbesiedeltes Land kann nicht unbegrenzt Einwohner aufnehmen. Bei einem bescheideneren Lebensstil mit Nutzung modernster Spartechnologien für Energie und Rohstoffe ist die Aufnahme besonders bedrängter Menschen möglich und menschlich geboten. Ein generelles Bleiberecht für alle Zuwanderer, wie es "die Grünen" fordern, ist sozial und ökologisch unrealistisch.

Diese unangenehmen Wahrheiten wollen die anderen Parteien den Bürgern nicht zumuten. Insbesondere die CDU/CSU, die seit über 10 Jahren regieren, mißbrauchen das Asylthema, um von eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken.
Wir Ökologischen Demokraten meinen, daß wir uns den schmerzhaften Konsequenzen einer echten Politik der Bekämpfung von Fluchtursachen nicht verweigern dürfen.

Wir brauchen eure Unterstützung !

Liebe LeserInnen des AJI !
Für diejenigen unter euch, die das AJI schon öfter gelesen haben, sind wir sicher schon ein Begriff, für diejenigen, die erstmalig das AJI in der Hand haben eine kurze Vorstellung: Wir sind die Antifa-Archiv-Gruppe Leipzig und sammeln seit geraumer Zeit Materialien und Infos zum Thema: "Rechtsextremismus und Widerstand in Leipzig". Ziel dieser Arbeit ist es, die erhaltenen Infos zu sortieren und zu archiviren und so einen Überblick über Aktivitäten von Rechtsextremen und Neonazis zu erhalten bzw. behalten. Strukturen offenzulegen betrachten wir also als einen der wichtigsten Bestand - teile einer antifaschistischen Politik. Das heißt also nicht, daß wenn uns ein Schüler einer Schule schreibt, daß sich dort am Schultor öfters Skinheads treffen sofort die "sagenumwobene Antifà" auf den Weg macht um alle wegzuboxen. Aber vielleicht sind in der Gruppe FAP-Mitglieder gerade eifrig dabei neue Untergebene für sich zu werben. Diese kleine Information könnte für uns also Gold wert sein, da wir potentielle Mitglieder schon von vornherein unter Kontrolle hätten. An diesem fiktiven Beispiel sollte nur gezeigt werden, wie wichtig eine Info also im Zusammenhang mit anderen werden könnte. Das selbe gilt z.B. auch für Zeitungsausschnitte, Flugblätter etc. Was wollen wir damit sagen: nicht denken "die Antifa weiß sowiso alles", sondern mitwirken, auch wenn sich die Infos doppeln und sich bei uns stapeln !!!

Von Interesse sind z.B.:

-wo sind Faschogruppen aktiv?(z.B. Wiking-Jugend, NPD, JN,FAP, DVU u.a.)

-welche Aktionen haben sie wann und wo gemacht? (militante Überfälle, Spühereien, Plakate, Aufkleber, Spuckies, Flugies, Veranstaltungen)

-Jede Art Propagandamaterial, besonders Leipziger Faschogruppen

-Situationsberichte aus den Stadtteilen und Schulen

Bitte schickt jede Info so detailiert wie möglich. Jede Kleinigkeit ist von Interesse. Dabei geht es nicht nur um die letzten Wochen und Monate, sondern auch die Zeit seit 87 oder früher ist interessant. Fragt auch eure FreundInnen, die etwas wissen könnten. Das die Infos anonym behandelt werden versteht sich wohl, nicht nur in euerm Interesse sondern auch in unserem.

Wir sind schon fleißig am arbeiten an einer Broschüre unter dem oben genannten Namen. Dazu sind z.B. auch viele Fotos vonnöten, die wir veröffentlichen dürfen. Diese Dokumentation wird nach Abschluß auch euch zugänglich sein. Ihr schickt die Sachen also nicht in unseren Papierkorb!

Wenn sich ein/e LeserIn bis hierher durchgearbeitet hat, für den/die das nichts Neues war und die/der uns schon geholfen hat kommt jetzt hier der ausdrückliche Dank für die Unterstützung! Vielleicht hat sich eine/r schon indirekt in den "News von Rechts" wiedergefunden und sich darüber gefreut. Wir können auch in Zukunft nicht auf euch verzichten!

So, wenn ihr uns also Infos und Materialien zur Verfügung stellen wollt, erreicht ihr uns schriftlich über die Adresse des Antifa-Jugendinfos bzw.Antifa-Jugendfront.

Schon ein Dank im voraus,eure

Antifa-Archivgruppe

Pressespiegel

Rechtsextreme wollen Völkerschlacht zu Aufmarsch nutzen

Versammlung wird verboten

Rechtsextreme wollen den 180. Jahrestag der Völkerschlacht am Wochenende zu einem Aufmarsch und einer „Gedenkfeier" nutzen. Darauf wies gestern eine Gruppierung namens „unabhängige AntifaschistInnen" in einer ansonsten anonymen Mitteilung hin. Organisiert werde die Veranstaltung von den Jungen Nationaldemokraten. Über das Nazi-Skinhead-Magazin „Der Aktivist" versuchten die Jungen Nationaldemokraten neben Kadern ihrer eigenen Organisationen FAP-Anhänger, Mitglieder der Wiking-Jugend, Nazi-Skinheads und Fascho-Hooligans zu mobilisieren, heißt es in dem Schreiben. Obwohl seit dem Parteitag der rechtsextremen NPD Ende September der Aufruf zu der Leipziger Versammlung veröffentlicht sei, hätten weder das Sächsische Innenministerium, der Staatsschutz noch die Stadt Leipzig versucht, diese zu verhindern.

Bei der Polizei zeigte sich gestern Sprecher Günter Pusch überrascht von der offenbar geplanten „Gedenkfeier". Aber: „Die Polizei läßt in Leipzig keine Nazis marschieren", sagte Pusch. Alle gesetzlichen Möglichkeiten würden ausgenutzt, um das zu verhindern.

Beim Ordnungsamt lag bis zum Nachmittag keine Anmeldung für eine derartige Versammlung vor. Helga Kästner trotzdem: „Wir werden so was verbieten." Bei der Vielzahl der Veranstaltungen am Wochenende sei sonst die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht zu gewährleisten. *-tv*

Neonazis dürfen nicht demonstrieren

Von MICHAEL REICHERT

Leipzig - Die Polizei bereitet sich auf ein heißes Wochenende vor: Die rechtsradikale Jugendorganisation der NPD „Junge Nationaldemokraten" hat in ihrer Parteizeitung „Der Aktivist" ein Treffen in Leipzig angekündigt. Alle Mitglieder sollen sich am Samstag zu einer Gedenkfeier zum 180. Jahrestag der Völkerschlacht vor dem Völkerschlachtdenkmal einfinden. Linke Gruppen schlagen Alarm, wollen den braunen Aufmarsch verhindern. Die Connewitzer Szene kündigt an: „Wenn die Faschos kommen, gibt es Krieg."

Das Ordnungsamt hat die Versammlung gestern per Eilverfahren verboten. Abteilungsleiterin Helga Kästner (36): „Uns liegt bis heute keine Anmeldung vor. Zudem können wir die Sicherheit der Veranstaltung nicht gewährleisten." Grund: Die Leipziger Polizei kann keine zusätzlichen Kräfte anfordern. Die Jungen Nationaldemokraten haben zuletzt in Fulda von sich reden gemacht. Beim „Rudolf Hess-Gedenkmarsch" waren die Rechten als Mitveranstalter aufgetreten.

Polizei will rigoros rechte Störer festnehmen

Mit verstärkten Kontrollen schon im Vorfeld der 180-Jahrfeier der Völkerschlacht will die Leipziger Polizei den angekündigten Aufmarsch von Rechtsextremen verhindern. Bereits auf den Einfahrtstraßen sollen ankommende Busse und Einzelfahrzeuge nach verdächtigen Personen abgesucht werden.

Als Verstärkung kamen gestern vormittag zusätzliche Einheiten der Bereitschaftspolizei in die Messestadt. Beamte der Leipziger Polizei, die eigentlich an diesem Wochenende dienstfrei haben, wurden eigens zurückgepfiffen.

Polizeisprecher Günter Pusch kündigte gestern an, vom sogenannten Präventivgewahrsam werde gegebenenfalls ausgiebig Gebrauch gemacht. Anhänger der Neonazi-Szene, die als solche zu erkennen sind, sollten damit von vornherein aus dem Verkehr gezogen werden. Mit derselben Methode hatte die Polizei schon wiederholt angekündigte Krawalle bei Fußballspielen verhindert.

Auf keinen Fall werde ein Störung der Feierlichkeiten zugelassen, sagte Pusch. Auch auf die Gefahr, daß sich fahnenschwingende Neonazis unter die „normalen" Festgäste mischten, sei man vorbereitet. „Da wird sofort zugegriffen", warnte er. Das gelte genauso für Angehörige der linken Szene, die Ärger anfangen wollten.

Das Ordnungsamt hatte noch am Donnerstagabend dem Veranstalter „Junge Nationaldemokraten", die den Aufmarsch in einem Magazin angekündigt hatten, ein Versammlungsverbot zustellen lassen. *-tv*

Antifa-Erfolg hatte viele Väter



SACHSEN. Ein für Samstag angekündigter Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten (JN) am Völkerschlachtdenkmal blieb aus. Doch obwohl die Leipziger Behörden erst durch ein Antifa-Flugblatt vom JN-Plan aufwachten, brüstet sich die Polizei mit ihrer Prävention.

Ordnungsamt und Polizei in Leipzig gaben sich einigermaßen überrascht, als Anfang vergangener Woche ein Flugblatt der Autonomen Antifa über einen für Sonnabend geplanten Aufmarsch von Rechts informierte. An diesem Wochenende wollte die Stadt mit einem fröhlichen Volksfest für Mutter, Vater und Kind den glücklichen Ausgang der Völkerschlacht vor 180 Jahren und den 80. Geburtstag seines aus diesem Anlaß errichteten Monuments feiern. Trachtenvereine stellten mit echten Böllerschüssen auf dem Schlachtfeld bei Liebertwolkwitz den Frontverlauf nach und Sponsoren ihre Bierzelte auf. Dieses friedliche Fest ist in Leipzig eine der Traditionen der besonderen Art.

Nun hatten schon vor Wochen in der Nazi-Broschüre »Der Aktivist« die Jungen Nationaldemokraten alle Gesinnungsgenossen aufgerufen, die Tradition auf ihre Weise zu begehen und an den »nationalen Widerstand« zu erinnern. Mit einem Aufmarsch. Dem sächsischen Innenministerium hätte das spätestens nach dem September-Parteitag der NPD bekannt sein können, doch erst das Antifa-Flugblatt löste öffentlich etwas hektische Aktivität aus. Obwohl beim Ordnungsamt keine Versammlung der Jungen Nationaldemokraten angemeldet war, teilte es ihnen mit, sich keinesfalls an diesem Sonnabend in der Stadt zusammenrotten zu dürfen. Die Polizei zog Verstärkung zusammen und kontrollierte pingelig die Zufahrtsstraßen. Demonstration der Entschlossenheit, die auch »Linksextremisten« im Visier hatte. Dem Aufruf der Autonomen Antifa zu einer Gegendemonstration waren dann am Sonnabend über 200 AntifaschistInnen gefolgt, einige wenige von auswärts darunter. Sie formierten sich unter dem Motto »Faschismus ist ein Massengrab« zu einem genehmigten friedlichen Zug vom Messegelände zum Völkerschlachtdenkmal. Auf dem abendlichen Weg begleiteten sie ein paar frierende Fernsehteams aus Dresden, Köln und Mainz sowie mindestens die doppelte Zahl von Polizisten. Auf der Abschlußkundgbung vor dem Denkmal wurde festgehalten, daß die Aktion nicht umsonst war. Dank der Öffentlichkeitsarbeit der Leipziger Antifa sei das Schlimmste verhindert worden. Auch die Polizei wertete im Anschluß das »Nichterscheinen der Rechtsextremisten« als den Erfolg ihrer »Präventivmaßnahmen«.

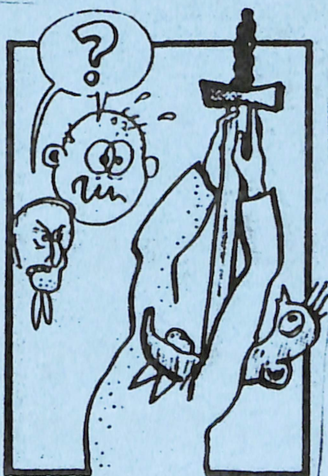
Moritz Jähnig, Leipzig

Ein guter Tip!

TASCHE
GEGEN
NAZIS







Wissen, wohin man will



Offenes Antifaschistisches Plenum

wöchentlich Sonntags ab 16 Uhr in der Winfried v. Kesseler Licht-wirtschaft in der Stöckartstr.